

Stand: 27.12.2025 04:49:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19273

"Pestizidreduktion umsetzen - Einsatz von Neonicotinoiden beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19273 vom 29.11.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20905 des LA vom 20.02.2018
3. Mitteilung 17/21242 vom 21.03.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 22.03.2018



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Markus Ganßerer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pestizidreduktion umsetzen – Einsatz von Neonicotinoiden beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Neonicotinoide Thiacloprid und Acetamiprid auf staatlichen Flächen nicht mehr einzusetzen und im Rahmen der staatlichen landwirtschaftlichen Pflanzenschutzberatungen nicht mehr zu empfehlen und
- sich auf Bundesebene für ein Verbot der Neonicotinoide einzusetzen.

Begründung:

Neonicotinoide beeinträchtigen die Kommunikation, Navigation und Pollensammeltätigkeit der Honigbienen. Dies wurde in mehreren wissenschaftlichen Studien nachgewiesen. Zudem ist Thiacloprid in Honig nachgewiesen worden und gelangt somit auch in die menschliche Nahrung. In einer Untersuchung des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit war Thiacloprid in 32 von 137 Honigproben nachzuweisen und damit das am häufigsten gefundene Pestizid, z. T. mit Werten bis zu 0,15mg/kg. Thiacloprid steht im Verdacht eine krebserzeugende Wirkung zu besitzen und kann weiterhin die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und Kindern im Mutterleib schaden. Neben Gesundheitsgefahren gehen von Neonicotinoiden auch Gefahren für die Umwelt aus.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/19273

Pestizidreduktion umsetzen - Einsatz von Neonicotinoiden beenden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter/in: **Gisela Sengl**
Mitberichterstatter/in: **Rosi Steinberger**
Martin Schöffel
Tanja Schorer-Dremel

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 31. Januar 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 20. Februar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Angelika Schorer

Vorsitzende des
Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

Dr. Christian Magerl

Vorsitzender des
Ausschusses für
Umwelt und
Verbraucherschutz



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/19273, 17/20905

Pestizidreduktion umsetzen – Einsatz von Neonicotinoiden beenden

Der Antrag mit der Drucksachenummer 17/19273 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Kollegin, ich kann es kurz machen. Ich stimme Ihnen vollumfänglich zu. Allerdings habe ich den Eindruck, dass den Kolleginnen und Kollegen der CSU die Dimension dieses Themas bisher nicht aufgegangen ist, obwohl wir sehr lange im Ausschuss darüber diskutiert haben und obwohl wir nicht zum ersten Mal mit einem solchen Gesetzentwurf konfrontiert sind. Auch wir GRÜNE haben schon einmal einen solchen Gesetzentwurf eingebracht. Wir haben das wirklich von vorn bis hinten durchdiskutiert.

(Manfred Ländner (CSU): Wir werden auch weiterhin darüber reden!)

Sie sind sich bis heute der Dimension dieses Themas leider nicht bewusst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ländner (CSU): Ich stelle fest, wenn man nicht eurer Meinung ist, dann ist man blöd!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Mistol. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/19007 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause; ich schlage vor, bis 13.30 Uhr. Reicht Ihnen das? – Okay, um 13.30 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung von 13.07 bis 13.34 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung nach der Mittagspause fort.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 12, die Beratung der Dringlichkeitsanträge, aufrufe, gebe ich Ihnen folgende Änderungen im Sitzungsablauf bekannt: Die Anträge der Oppositionsfaktionen zu den Neonicotinoiden – das sind die Tagesordnungspunkte 19, 21 und 22 – wurden zurückgezogen und in geänderter Fassung als Dringlichkeitsanträge eingereicht. Der bisherige Tagesordnungspunkt 20 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion zu den Neonicotinoiden – wird im Einvernehmen der Fraktionen mit den Dringlichkeits-

anträgen aufgerufen. Damit haben sich die Tagesordnungspunkte 19, 21 und 22 erledigt.

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15 – das sind die Anträge zur Kennzeichnung von Polizeibeamten – werden ebenfalls im Einvernehmen der Fraktionen auf die Plenarsitzung am 18. April 2018 verschoben.

Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bienensterben stoppen - Einsatz von Neonicotinoiden beenden (Drs. 17/21245)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Bienen retten! Einsatz von Neonicotinoiden beenden (Drs. 17/21274)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verbot der drei untersuchten Neonicotinoide voranbringen - Landwirte nicht im Regen stehen lassen (Drs. 17/21275)

und

Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. (CSU)

Sorgsamer Umgang mit Neonicotinoiden (Drs. 17/19819)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön. Die nächste Rednerin wäre dann die Kollegin Müller.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt fliegen keine Bienen, weil es für die Jahreszeit immer noch zu kalt ist. Bald fliegen aber gar keine Bienen mehr, weil es einfach keine mehr gibt. Dabei geht es nicht nur um die Honigbienen, sondern auch um die 570 Arten der Wildbienen, deren Bestäubungsleistung übrigens um ein Vielfaches höher ist als die der Honigbienen. Chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel, also Pestizide,